

**Debatte um Rassismus bleibt aus.
Vorwort von Mehmet Daimagüler**

Seite 6

Mehmet Daimagüler ist Rechtsanwalt und vertritt zwei Opferfamilien im NSU-Verfahren.

Vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen aus dem Prozess, dessen Verlauf er für die Angehörigen als „frustrierend“ bezeichnet, konstatiert Mehmet Daimagüler, dass in Deutschland auch nach dem NSU die dringend notwendige Debatte um Rassismus ausbleibt:

„Vielleicht war es auch naiv zu glauben, dass die Mordtaten des NSU zu einer gesellschaftlichen Debatte über Rassismus und zu einem Kampf gegen Rassismus führen würden. Diese Debatte blieb nach Mölln aus, sie blieb nach Solingen aus, sie kam nicht nach Rostock-Lichtenhagen und auch nicht nach Hoyerswerda. Warum hätte sie nach Zwickau kommen sollen?“

Und der Autor gibt die Schuld daran an die Spitzenpolitiker in diesem Land und erkennt bei ihnen:

„Seit vielen Jahren wird eine Politik propagiert und umgesetzt, die auf Abschottung setzt und Migranten fein säuberlich nach ökonomisch „wertvollen“ und „wertlosen“ unterscheidet. Die ersteren sollen, - und auch dies oft nur in der Theorie - willkommen sein. Die letzteren sollen sehen, wo sie bleiben, solange es nicht Deutschland ist. Entsprechende Worte sind schnell gefunden. „Sozialschmarotzer“ und „Betrüger“ sind an dieser Stelle noch harmlose Umschreibungen. Es passt in diese Tonlage, wenn Horst Seehofer verspricht, „bis zur letzten Patrone gegen die Einwanderung in die Sozialkassen“ zu kämpfen. Damit schafft die Politik der gesellschaftlichen Mitte eine Atmosphäre, in der ein Teil unseres Landes zu „Parasiten“ stilisiert wird. Wen kann es dann wundern, dass eine extreme Rechte entsteht, welche den Worten der Mitte Taten folgen lässt.“

Daher hält Daimagüler es nach wie vor für möglich, dass sich solche rassistische Morde wiederholen. Unter Verweis auf den ungeklärten Berliner Mordfall Burak Bektaş schreibt er:

„Nicht hinter jedem Busch sitzt ein Nazi-Terrorist. Womit wir spätestens seit dem NSU jedoch aufhören müssen, ist so zu tun, als gäbe es keine Nazi-Terroristen.“

Zur Situation von Geflüchteten in Berlin. Entwicklungen im Jahr 2013

von Alexandre Froidevaux und Julia Ley, KuB e. V.

Seite 10ff

Die Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V. gibt einen Überblick zur Situation von Geflüchteten. Die Autor_innen beleuchten in ihrem Text vor allem die alltäglichen rassistischen Erfahrungen, mit denen Menschen konfrontiert sind, die in Berlin Zuflucht suchen. Sie stellen auch die unsichere gesetzliche Situation, beispielsweise für die sogenannten Lampedusa-Flüchtlinge vor:

„Als Tourist_innen dürfen sie sich hier zwar drei Monate lang legal aufhalten, doch sie dürfen weder arbeiten noch Sozialleistungen beziehen und nach dem Vierteljahr rutschen sie in die Illegalität. Um auf ihre Zwangslage aufmerksam zu machen, demonstrierten Lampedusa-Flüchtlinge im vergangenen Jahr auch auf den Straßen Berlins und beteiligten sich an der Besetzung des Oranienplatzes und der Gerhard-Hauptmann-Schule in Kreuzberg.

„Es gibt einige wenige, die mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel hier arbeiten dürften“, erzählt KuB-Berater Christian Bitto, „doch selbst bei denen muss eine Vorrangprüfung durchgeführt werden: Wenn ein Deutscher oder ein anderer EU-Bürger ihren Job machen könnte, dürfen sie die Arbeit nicht ausüben.“ Da viele keine Ausbildung haben, konkurrieren sie mit den Einheimischen um die rarer werdenden unqualifizierten Jobs. Die Arbeitserlaubnis wird ihnen so fast immer verweigert.“

Dass Kinder von Geflüchteten ein Recht auf Schulbesuch haben, heißt noch nicht, dass ihnen dies gewährt wird. KuB macht deutlich, dass es hier häufig Probleme gibt:

„Trotz entsprechender Weisungen der Senatsverwaltung stellen die Bezirke und Schulen die Beschulung von jungen Flüchtlingen nur schleppend sicher. Flüchtlingskinder werden auf Wartelisten gesetzt, die es angesichts der Gesetzeslage eigentlich nicht geben dürfte. Oder es werden Hürden wie amtsärztliche Untersuchungen vorgeschoben. Kinder und Jugendliche warten so oft mehrere Wochen oder sogar Monate auf den ihnen zustehenden Schulplatz. Allerdings kann es auch schon eine Stufe zuvor, in den Heimen, zu Schwierigkeiten kommen. Denn fehlende Deutschkenntnisse, ein bildungsferner Hintergrund der Familien oder deren prekäre Aufenthaltssituation stellen große mentale Hürden für eine Beschulung dar. Dann ist es die Aufgabe der Sozialarbeiter_innen in den Einrichtungen zu helfen. Doch diese leiden nicht selten unter Arbeitsüberlastung. Auch die Jugendämter handeln häufig nicht, obwohl sie dazu verpflichtet sind.“

Alexandre Froidevaux und Julia Ley sind Mitarbeiter_innen der **Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen (KuB) e.V.**, die seit 30 Jahren in Berlin kostenlose Beratung zu aufenthalts- und sozialrechtlichen Fragestellungen anbietet. Die KuB vertritt den Standpunkt, dass allen Menschen ein sicherer Aufenthaltsstatus sowie politische, soziale und ökonomische Gleichberechtigung zustehen.

**Alle reden von Harmonisierung.
Wir nicht.**

**Von Burkhard Bartholome, Elène Misbach und Hanna Schuh, Medibüro – Büro für
medizinische Flüchtlingshilfe Berlin**

Seite 17

Das Medibüro vermittelt seit 18 Jahren in Berlin illegalisierten Menschen und Migrant_innen ohne Krankenversicherung Gesundheitsversorgung durch medizinisches Fachpersonal – anonym und kostenlos für die Betroffenen. Das Medibüro ist ein selbstorganisiertes, nichtstaatliches, antirassistisches Projekt, das seit seinem Bestehen für gleiche soziale und politische Rechte aller Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus eintritt.

Mit dem Artikel „Alle reden von Harmonisierung. Wir nicht“ wirft das Medibüro einen kritischen, analytischen Blick auf die Angleichung der Migrations- und Flüchtlingspolitiken der EU-Mitgliedsstaaten, die es ausführlich beschreibt. Schengener Abkommen (1985, 1990), Dublin-Verordnungen (2003, 2013), die 2005 geschaffene Grenzschutzagentur „Frontex“ und viele restriktive Gesetzgebungen auf nationaler Ebene zielen auf die Kontrolle und Abwehr von Migration - oft auf Kosten des Lebens oder zumindest der Gesundheit der geflüchteten Menschen, auch in den Ankunftsändern.

„Mit zahlreichen Aktionen wie Demonstrationen, Besetzungen und Hungerstreiks kämpfen [Geflüchtete, Asylsuchende und Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus] gegen ihre Rechtlosigkeit und Kriminalisierung, fordern die Abschaffung von Abschiebungen, Arbeitsverboten, Lagerunterbringung und Residenzpflicht. Sie kämpfen für ihre Würde und die Durchsetzung gleicher sozialer und politischer Rechte.“

Aus dieser Perspektive und vor dem Hintergrund der Analyse des europäischen Migrationsregimes widmet sich das Medibüro in seinem Artikel denn auch weniger der Beschreibung der eigenen Arbeit, sondern reflektiert das Spannungsfeld, in dem sich das Projekt zwangsläufig bewegen muss.

„Es liegt auf der Hand, dass langfristig ein spendenfinanziertes, selbstorganisiertes Projekt wie das Medibüro nicht für die Gesundheitsversorgung von Migrant_innen aufkommen kann: Die Einlösung des Rechts auf Gesundheitsversorgung kann und darf nicht Aufgabe und Verantwortung zivilgesellschaftlicher Initiativen sein. Parallelstrukturen können keine ausreichende gesundheitliche Versorgung gewährleisten. Politisch muss es darum gehen, endlich den regulären Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle zu ermöglichen und soziale Rechte durchzusetzen – sei es für Illegalisierte, Geflüchtete aus Lampedusa, neue EU-Bürger_innen oder Asylsuchende.“

Zwischen Wüste und Meer: Kämpfe um Bewegungsfreiheit in Nordafrika

Ein Interview von Andrea Plöger, Afrique-Europe-Interact (AEI)

Seite 22

Drei Aktivisten von AEI sprechen über die Situation an den Grenzzäunen von Melilla und Ceuta drei Jahre nach Beginn des Arabischen Frühlings. **Zinahad Patrice Boukar** ist einer der Gründer der *Assoziation der Abgeschobenen aus Zentralafrika in Mali* (ARACEM), die zur malischen Sektion von AEI gehört. **Geraud** und **Trésor** haben vor Kurzem *Voix des Migrants* initiiert, um den an der Grenze zu Europa in Marokko eingeschlossenen Migrant_innen eine Stimme zu geben.

„Wieso und unter welchen Umständen wurde die Assoziation der Abgeschobenen aus Zentralafrika in Mali (ARACEM) gegründet?“

Patrice *Ich heiÙe Zinahad Patrice Boukar und ich bin der Direktor der ARACEM. Wir, also mein Cousin Roméo Zinahad und ich, haben 2006 angefangen, uns zu organisieren, denn wir waren in sehr erbarmungswürdigen Umständen und als wir um Hilfe baten, sagte man uns, dass es nicht möglich wäre, uns zu unterstützen. Wir lebten mit Hunderten anderer Abgeschobener in Ruinen ohne Wasser und Strom. Wir hatten Hunger und wir hatten Verletzte unter uns und wenn jemand krank wurde, wussten wir nicht, was wir tun konnten. Nach dem WSF 2006 in Bamako haben wir uns entschieden, die ARACEM zu gründen, denn wir hatten genug davon, dass über uns geredet wird und wir aber diejenigen sind, die es erlebt haben. (...)*

Geraud: *Auf dem Weg nach Marokko und Europa war ich auch in Mali und wurde von der ARACEM aufgenommen und ich war sehr bewegt davon, Migrant_innen wie mich zu treffen, die diese Organisation für Migrant_innen gegründet haben. Heute ist es so, dass viele die aus Algerien abgeschoben werden, erst in Gao landen und dann in Bamako. Wenn sie ankommen haben sie nichts. Sie haben viele beerdigen müssen und sterben sehen.*

Trésor: *Meine Perspektive ist auch aus der Erfahrung mit der ARACEM entstanden. Mit ihrem Einstehen für die, die festsitzen, um die sich niemand kümmert und die Opfer dieses Migrationsregimes sind. Wir sind inspiriert von der Arbeit der ARACEM. Wir sind alle selber Opfer dieser Politik und die Migration hat uns zu denen gemacht, die wir heute sind. Sie ist unser Leben und wir können nicht umhin, uns für die Rechte von Migrant_innen einzusetzen.“*

Afrique-Europe-Interact (AEI) hat sich als transnationales Netzwerk für Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung 2011 anlässlich der Karawane afrikanischer und europäischer Gruppen zum Weltsozialforum (WSF) zusammen gefunden. In der Folge entstanden verschiedene transnationale Kooperationen und weitere Karawanen. <http://www.afrique-europe-interact.net/>

Die **Assoziation der Abgeschobenen aus Zentralafrika in Mali** (ARACEM) ist eine Selbstorganisation von abgeschobenen Migrant_innen aus Zentralafrika in Mali, die Abgeschobenen eine medizinische Notversorgung und eine Erstaufnahme bietet. <http://aracem.canalblog.com/>

Voix des Migrants wurde vor einigen Wochen von Trésor und Geraud initiiert, die beide mehr als ein Jahr in Marokko gelebt haben und dabei Zeugen extremer Menschenrechtsverletzungen wurden. Sie sind seit Kurzem in Deutschland und versuchen von hier aus ein Kommunikationsnetzwerk mit den Eingeschlossenen von Ceuta und Melilla aufzubauen. <https://www.facebook.com/voix.desmigrants>

Willkommen?! Zivilgesellschaftliches Engagement in den Sammelunterkünften

Von Yves Müller, Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick (ZfD)

Seite 32

Das Zentrum für Demokratie in Treptow-Köpenick unterstützt seit nunmehr zehn Jahren zivilgesellschaftliche Akteur_innen in ihrem Engagement für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie und vereint verschiedene antirassistische und demokratische Projekte unter einem Dach.

Vor dem Hintergrund, dass seit Monaten in allen Berliner Bezirken Sammelunterkünfte öffnen, um die steigende Zahl der Geflüchteten aufzunehmen, stellt der Autor die Frage, wie der Mobilisierung der Nazis und Rassist_innen zu begegnen ist. Fast überall fänden sich zwar Initiativen, Vereine, Runde Tische, Einzelpersonen zusammen, um Sachspenden zu übergeben und Willkommens-Feste zu organisieren.

„Das ist sehr wichtig, um Solidaritäts-Statements praktisch werden zu lassen und den ‚alteingesessenen‘ Anwohner_innen ein niedrigschwelliges Angebot der Beteiligung zu unterbreiten. Doch reicht das?“, fragt der Autor.

Um auf Augenhöhe und in Überwindung von dem „Wir“ und „die Anderen“ ein erfolgreicher Akteur zu sein, müssten sich auch „Willkommens-Initiativen“ als kritischer und nicht nur rein karitativer Akteur begreifen. Die schwierigen Gegebenheiten, besonders in Sammelunterkünften, müssen auf (lokal-)politischer Ebene angegangen werden, d.h. politische Forderungen immer wieder verknüpft und Asylsuchende in ihrem selbstorganisierten Protest unterstützt werden. Dennoch kann der Autor konkrete handlungsleitende Schritte benennen, die die unmittelbare Verbesserung der Lebenssituation von Geflüchteten und Asylsuchenden sowie die Förderung von ehrenamtlichem zivilgesellschaftlichen Engagement zum Ziel haben, sei es bei der Erhöhung der Mobilität, der Beratung und Versorgung, der Förderung des Spracherwerbs oder der Vernetzung der unterschiedlichen Akteure. Dabei gehe es nicht nur um eine bessere Praxis, sondern letztendlich auch um einen Perspektivwechsel in der Einwanderungsdebatte.

„Auch geflüchtete und Asyl suchende Menschen sind Teil dieser Gesellschaft. Eine echte ‚Willkommenskultur‘ kann beitragen, die Teilhabechancen zu erhöhen und den Weg für tatsächliche politische Mitbestimmung zu ebnen. Ohne die kritische Benennung einer ausgrenzenden Asylpolitik und rassistischer Praxen geht das aber nicht.“

**„Die müssen weg“
Autoritäre Armuts- und Migrationspolitik im Kontext aktueller Debatten um
„Armutsmigration“**

Von Sebastian Friedrich und Jens Zimmermann, Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)

Seite 43

In ihrem Artikel fassen die Autoren zusammen, dass in der aktuellen Debatte zur Einwanderung von Menschen aus Südosteuropa häufig mit einer Abwägung vom Nutzen für den deutschen Arbeitsmarkt geführt wird.

Zitat:

„Rassistische Elemente im Einwanderungsdiskurs hinsichtlich der Zuschreibungspraxen zu fokussieren, reicht unseres Erachtens nicht aus. Gerade bezüglich des Komplexes Arbeit-Migration sollte Rassismus weiter gefasst werden. Wie der leider kürzlich verstorbene Stuart Hall klarmachte, setzt Rassismus Menschen ins Verhältnis zueinander und reguliert dadurch den Zugang zu ökonomischen und symbolischen Ressourcen.¹ Es geht also um weit mehr als um Zuschreibungspraxen – den gegenwärtigen Rassismus im Zusammenhang mit Debatten um „Armutsmigration“ zu thematisieren, sollte auch bedeuten, die realen sozioökonomischen Verhältnisse zu betrachten, in denen sich viele Migrant_innen befinden.

Die politische und ökonomische Struktur Europas verursacht ein Ungleichgewicht, das Menschen zwingt, sich auf die Suche nach besseren Bedingungen machen, diese werden allerdings in den Ländern, in die sie einwandern als „Problem“ empfunden, wie der DISS-Artikel darstellt:

„Gleichzeitig stellt sich aber für die führenden Staaten der EU die Frage, wie sie mit den durch ihre neoliberale Politik verursachten „Problemen“ umgehen soll. Während man auf die qualifizierten Arbeitskräfte nicht verzichten möchte, sollen aus Sicht der politischen Klasse der EU-Länder „Arme“ besser in ihren „Herkunftsländern“ bleiben. Schon vor dem Inkrafttreten der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgar_innen und Rumän_innen wurde daher das Drohszenario der „Armutsmigration“ an die diskursive Verknüpfung von Migration und Arbeit gekoppelt und damit wirkmächtig an den Einwanderungsdiskurs der letzten Jahrzehnte angeschlossen, in dem – etwa in der sogenannten Asyl-Debatte Anfang der 1990er Jahre oder in der „Sarrazindebatte“ 2010 – Migration, Flucht und Asyl immer wieder mit „massenhafter Einwanderung in die Sozialsysteme“ verbunden wurde.“

Das **Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)** arbeitet seit Ende der 1980er Jahre zu den Themenfeldern Rassismus, Migration, extreme Rechte und Diskurstheorie und interveniert aus kritisch-wissenschaftlicher Perspektive in aktuelle Debatten.“

¹ Hall, Stuart 2000: Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Rätzkel, Nora (Hg.): Theorien über Rassismus. Hamburg. S. 7-16.

Racial Profiling – Mehr als ein Polizeiproblem!

Von Angelina Weinbender, Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V. (MRBB)

Seite 48

Angelina Weinbender arbeitet für den Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V. und ist aktiv in der Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt. Von 2010 bis 2011 hat sie die Arbeitsgruppe ›Polizei‹ im Rahmen des Berliner Landesaktionsplans gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung koordiniert.

Die Autorin beschreibt in ihrem Artikel die Ambivalenzen bis hin zur Bigotterie im Umgang mit Racial Profiling – einer Praktik der Polizei, in der Polizist_innen ohne Vorliegen einer konkreten Verdächtigenbeschreibung Menschen anhalten, befragen, durchsuchen oder verhaften, weil sie ihnen aufgrund rassifizierter Merkmale wie Herkunft, Hautfarbe, Nationalität oder Religion verdächtiger als andere Menschen erscheinen.

„In einem demokratischen Rechtsstaat sollten Berufsgruppen, die Menschen die Freiheit entziehen und Waffengewalt einsetzen dürfen, strengen Normen der Rechenschaftspflicht und strikten Aufsichtsmechanismen unterliegen. In Berlin mangelt es offensichtlich an effektiven Beobachtungs- und Kontrollmechanismen der Polizeiarbeit.“

Einerseits hat die Integrationsministerin sogar die Kampagnenarbeit gegen Racial Profiling mit einem Preis ausgezeichnet. Andererseits steigen die Fälle von Racial Profiling auch in Berlin an und die Polizei verweigert sich jeglicher Transparenzforderung. Gerade am Beispiel des Görlitzer Parks kommt die Autorin zu dem Schluss:

„Der bisherige politische Umgang mit dem Görlitzer Park spiegelt diese diskriminatorische Logik auch in der Integrationspolitik Berlins wieder.“

Blinder (Re-) Aktionismus. Der „Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma“ des Berliner Senats

von **Andrea Wierich, Amaro Foro**

Seite 57

Die Autorin bewertet in in ihrem Text den „Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma“ des Berliner Senats, mit dem Berlin als erstes Bundesland versucht, die Vorgaben der EU zur Einbeziehung von Rom_nja umzusetzen. Obwohl er für die Autorin bereits einige wichtige Ansätze und Ideen enthält, konstatiert Wierich, dass er insgesamt zu sehr auf falschen Schuldzuweisungen und stereotypen Darstellungen beharrt und zudem die meisten Maßnahmen weit hinter der tatsächlich nötigen Förderung zurückbleiben.

Zitat:

„Der Senat will (...) pädagogisches Personal hinsichtlich der Roma-Kultur und –Geschichte qualifizieren. Man ist fast versucht, einmal nachzufragen, was der Senat sich unter „der Roma-Kultur und –Geschichte“ vorstellt. Was soll das sein? Schon unter den bulgarischen und rumänischen Rom_nja kann von einer einheitlichen Kultur und Geschichte kaum die Rede sein. Es wäre wesentlich sinnvoller, mit dem pädagogischen Personal regelmäßige Sensibilisierungstrainings durchzuführen, um Diskriminierung erfolgreich zu erkennen und zu bekämpfen. Vielleicht würden dann Roma-Eltern nicht mehr die Erfahrung machen, dass ihr Kind, obwohl es vier Sprachen spricht, ein Jahr lang in einer Kleinklasse vor sich hin dümpelt, weil die Lehrerin offenbar glaubt, einem lebhaften Roma-Kind noch mehr deutschen Benimm beibringen zu müssen. Dann würde sich vielleicht auch die Skepsis gegenüber dem deutschen Bildungssystem allmählich auflösen.“

Zitat:

„Rom_nja unterscheiden sich wenn überhaupt dann in einer Hinsicht von der Mehrheitsgesellschaft: sie sind aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit massiver Diskriminierung ausgesetzt, die sich in allen Lebensbereichen auswirkt. Einzig ein Aktionsplan, der diese Diskriminierung in den Mittelpunkt stellt und dort den größten Handlungsbedarf erkennt, hätte ein Recht, das Wort „Roma“ bereits im Titel zu erwähnen.“

Amaro Foro e.V. („Unsere Stadt“) ist der Berliner Landesverband von Amaro Drom e.V. und ein Verein von jungen Roma und Nicht-Roma mit dem Ziel, jungen Menschen durch Empowerment, Mobilisierung, Selbstorganisation und Partizipation Raum zu schaffen. Der Verein unterstützt eine Jugendgruppe und betreut ein Kinderprogramm, fördert Bildung und Weiterbildung von jungen Roma, engagiert sich in Kultur- und Community-Building-Projekten sowie an Berliner Schulen und betreibt eine Sozialberatungsstelle für Roma-Migrant_innen aus neuen EU Mitgliedsländern.

Rassismus vor Gericht – Eine Prozessbeobachtung von Dana Fuchs und Sabine Seyb, ReachOut

Seite 64

ReachOut verzeichnete für das Jahr 2013 185 Angriffe – die höchste Zahl seit der Gründung der Initiative 2001 und eine Steigerung von 30 % gegenüber dem Vorjahr, wobei Rassismus das häufigste Motiv war. Anhand einer Gerichtsverhandlung gegen zwei Personen, die am 9. Juli 2013 am Neptunbrunnen einen Mann rassistisch beleidigten, angriffen und schwer verletzten, zeigen die Autorinnen auf, wie sich Rassismus nicht nur in der spektakulären Form rassistisch motivierter Gewalt äußert, sondern auch das Handeln der Strafverfolgungsbehörden prägt.

Zitate:

„ReachOut hat (...) bei der Begleitung und Beratung von Betroffenen vor Gericht festgestellt, dass beispielsweise das Strafmaß in den Hintergrund rückt, wenn der Prozess sensibel geführt wurde und das Tatmotiv genau benannt wird. Für Betroffene ist die gerichtliche Anerkennung von Tatmotiv und Tat ein wichtiger Schritt, um die traumatischen Erlebnisse verarbeiten zu können.“

„Ungeduldig, teilweise genervt und die Stimme erhebend führt der Richter die Befragung durch. Herr S. antwortet ihm nicht schnell und konkret genug, zudem wiederholt er vor allem den Tathergang immer wieder. Dass ein solches Erlebnis schwer traumatisierend sein kann und Betroffene vor Gericht alles 'richtig' machen wollen, darauf scheint der Richter keine Rücksicht nehmen zu wollen.“

„Mehr Sensibilität würde die juristische Wahrheitsfindung nicht einschränken – ganz im Gegenteil. Fragen zum Tathergang etc. können und müssen selbstverständlich gestellt werden. Interessant ist hier nur, wie werden diese gestellt? Welche Worte werden beispielsweise benutzt, um Menschen und Sachverhalte zu beschreiben? Wie eindeutig wird zum Beispiel Rassismus als Tatmotiv genannt? Die Anklage formuliert 'nur' eine „Abneigung gegen Personen mit dunkler Hautfarbe“ – von Rassismus wird nicht gesprochen. Vielmehr wechseln sich rassistische Begriffe ab wie 'Schwarzafrikaner', 'Farbiger' oder 'Südländer'. Selbstbezeichnungen wie Schwarzer oder POC (Person Of Colour) fallen nicht.“

Reach Out ist die Berliner Beratungsstelle für Opfer rassistischer, antisemitischer und rechter Gewalt. Unterstützung finden auch Angehörige der Opfer und die Zeug_innen eines Angriffs. Das Team bietet außerdem Workshops, Veranstaltungen und Fortbildungen an. Das Projekt recherchiert Angriffe in Berlin und veröffentlicht dazu eine Chronik.

Vom Versuch, eine Bewegung zu sein. Rassistische Kampagnen und die Rolle der extremen Rechten

Von Ulli Jentsch und Eike Sanders (apabiz)

Seite 74

Das **antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (apabiz)** bietet Informationen, Materialien und Bildungsangebote im Themenbereich Neonazismus, extreme Rechte, Antisemitismus und Rassismus an. Zu diesem Zweck betreibt der Verein ein umfangreiches öffentlich zugängliches Archiv.

Im Jahr 2013 hat das apabiz eine weitere Zunahme von rassistischen Kampagnen gegen Geflüchtete und vor allem auch gegen die selbstbestimmten Kämpfe der Refugees beobachten müssen. Rassistische „Bürgerinitiativen“ gegen Unterkünfte traten dabei in eine Wechselwirkung mit organisierten Teilen der extremen Rechten, die nicht nur den Rassismus, sondern auch die Kritik an der herrschenden Politik in Form eines »Anti-Establishment«-Reflexes bedienen können.

„Das Thema »Ausländer« hat bei der extremen Rechten immer Konjunktur. Mitunter kam es zu größeren Erfolgen der NPD, teilweise zu kleineren Erfolgen der Pro-Bewegung oder sogar der unabhängigen Kameradschaften und der »Autonomen Nationalisten«. Den Kommunen muss daher klar sein, dass ihnen bei der Unterbringung von Geflüchteten die Aufmerksamkeit und die versuchte Intervention der extremen Rechten gewiss ist. Das scheint in Hellersdorf nicht Allgemeinplatz gewesen zu sein, als die erste »Bürgerversammlung« einberufen wurde.“

Die Autor_innen beschreiben anhand mehrerer Beispiele die Gemeinsamkeiten und die Stoßrichtungen der rassistischen Mobilisierungen, bei denen die organisierten Neonazis versuchen „in einer politischen Bewegung wie Fische im Wasser zu schwimmen“.

„Die Liaison zwischen rassistischen Anwohner-Initiativen und Neonazis, deren Gewalt immer Teil ihrer Ideologie ist, droht letztere zu legitimierten »Vollstreckern des Volkswillens« zu machen. Das bedeutet im Gegenzug weiterhin die Isolierung der nazistischen Kader von einer Bevölkerung zu betreiben, die im schlechtesten Fall nicht weniger rassistisch ist.“

Sie schlussfolgern:

„Den Unterschied macht die Strategie, mit denen man den Akteuren gegen Geflüchtete begegnen muss. Willkommensinitiativen, wie sie es in Berlin auch 2013 gegeben hat, sind sinnvoll, wenn sie auch den Rassist_innen in der Bevölkerung deutlich machen, dass sie die Geflüchteten nicht wegstreichen: Und wenn sie sich dem vorhandenen Rassismus und der Frage von kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen stellen, ohne das eine mit dem anderen zu entschuldigen. Politische Unterstützung und nicht humanitäre Hilfe oder Paternalismus brauchen die emanzipatorischen Kämpfe der Refugees. Konkreten physischen Schutzes bedarf es aber trotzdem vor allem dort, wo Geflüchtete durch die Unterbringung in Heimen zum symbolisch aufgeladenen Angriffsziel von organisierten Neonazis oder rassistischen Einzeltätern zu werden drohen.“

Fünf Monate „Antirassistisches Zentrum“. Die Besetzung der TU Berlin durch Flüchtlinge und Aktivist_innen 1991/92

Von Heike Kleffner

Seite 80

Heike Kleffner ist Journalistin und Expertin für neonazistische Gewalt. Sie ist Mitglied im Beirat der Mobilien Opferberatung (www.mobile-opferberatung.de).

Am 24. Oktober 1991 besetzten rund 50 Aktivist_innen aus der autonomen antirassistischen und antifaschistischen Szene den dritten Stock des Mathegebäudes der Technischen Universität (TU) Berlin und gründeten dort ein Antirassistisches Zentrum. Erstmals fasst Heike Kleffner in diesem Aufsatz die Vorgeschichte und die Auswirkungen des Zentrums zusammen, sie schreibt:

„Die Besetzung des Antirassistischen Zentrums, die politischen Forderungen der Flüchtlinge und das faktische Scheitern dieses Versuch, durch Flüchtlingswiderstand eine Bresche in das deutsche Asylregime zu schlagen, liegen inzwischen knapp 20 Jahre zurück. Die Parallelen zu den Kämpfen der Flüchtlinge heute sind vielfältig und zeigen eine erschreckende Kontinuität: Wie Asylsuchende seit zwei Jahrzehnten durch das ordnungspolitische Festhalten an einem System von Abwehr und Exklusion, von Entrechtung, Zwangsverteilung, Residenzpflicht und Asylbewerberleistungsgesetz zu Unerwünschten im rechtlichen und geografischen Niemandsland erklärt werden. Und auch die Vorgeschichte des Antirassistischen Zentrums hat aktuelle Parallelen: Die rassistische Mobilisierung gegen Flüchtlinge in den frühen 1990er Jahren.“

Heike Kleffner hat eine spannende und detailreiche Geschichte niedergeschrieben, auch damit dieser Kampf der Geflüchteten in Deutschland nicht vergessen bleibt. Sie zeigt damit, was anders geworden ist seit 1992 – und wie viel erschreckend gleich geblieben ist:

„Am Ende war es eine Besetzung des Roten Rathauses durch rund 70 Flüchtlingsfrauen,-kinder und Unterstützerinnen des ARZ sowie Solidaritäts-Aktionen im Bundesgebiet – wie die Besetzung des Bonner UNHCR-Büros – die Mitte März 1992 schließlich zur letzten Verhandlungsrunde mit dem Berliner Senat führte. Sichtlich zermürbt gingen die letzten 100 Besetzer_innen schließlich auf die Forderung des Innensenats ein, individuelle Einzelanträge auf eine Aufnahme ins Asylverfahren in Berlin zu stellen – um dann in kleineren Gruppen in Berliner und Brandenburger Flüchtlingsheimen untergebracht zu werden.“

Der Artikel ist ergänzt durch Fotos und Dokumente auch online zu finden unter www.blog.schattenbericht.de

Rechtsextreme Infrastruktur unter Druck von Matthias Müller, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Seite 88

Im Jahr 2013 wurde ein Treffpunkt der rechtsextremen Szene in Neukölln gekündigt. Im März 2014 mussten Rechtsextreme das Lokal „Zum Henker“ in Schöneweide räumen, der Auszug aus dem Laden in der Lückstraße in Lichtenberg steht kurz bevor. In seinem Artikel stellt Matthias Müller dar, dass es für Rechtsextreme in Berlin immer schwerer wird, Räume anzumieten und dass die Zivilgesellschaft mehrmals erfolgreich dazu beitragen konnte, dass Rechtsextreme ihre angemieteten Objekte verlassen mussten.

„Im Jahr 2013 bzw. im Frühjahr 2014 verlor die rechtsextreme Szene in Berlin für sie wichtige Treffpunkte. Räume, in denen sie sich in den vergangenen Jahren relativ ungestört und sanktionsfrei versammeln konnten, stehen den Rechtsextremen nun nicht mehr zur Verfügung. Das wird die rechtsextreme Szene organisatorisch schwächen. Wie nachhaltig diese Niederlagen sein werden, wird sich erst in Zukunft beschreiben lassen. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen jedoch, dass Rechtsextreme versuchen werden, sich neue Objekte anzueignen. Auch steht ihnen weiterhin die NPD-Bundespartei zentrale in Köpenick als Infrastruktur zur Verfügung und in einigen Sozialräumen haben Rechtsextreme kein Problem, sich regelmäßig in Kneipen zu treffen. Trotz der berechtigten Freude sollten alle gegen Rechtsextremismus Engagierten weiterhin wachsam verfolgen, welche erneuten Anstrengungen die rechtsextreme Szene unternimmt, sich Räume anzueignen.“

Für die praktische Umsetzung empfiehlt die MBR:

„Vermieter/innen von Gewerberäumen können sich präventiv gegen rechtsextreme Infrastruktur schützen. In Kooperation mit einem Juristen hat die MBR—Klauseln entwickelt, die vor der Etablierung rechtsextremer Wirtschaftsunternehmungen schützen. Die MBR empfiehlt deren Aufnahme in Gewerbemietverträge. Durch diese verpflichten sich Mieter/innen von Ladenflächen, keine Produkte, Modemarken und Accessoires zu verkaufen, die in der Öffentlichkeit mit einem Bezug zur rechtsextremen Szene wahrgenommen werden. Betreiber/innen von Gaststätten ist darin die Durchführung von Veranstaltungen mit rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Inhalten untersagt. Die Klauseln finden sich in der MBR-Publikation „Ladenschluss Jetzt!“, die auf der Website der MBR heruntergeladen werden kann.“

Im Bezirk Treptow Köpenick unterzeichneten Vertreter der Wohnungsbaugesellschaften degewo und STADT UND LAND am 17. April 2014 eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit der Senatorin Dilek Kolat und dem Bezirksbürgermeister Oliver Igel. Die entsprechenden Mietverträge enthalten ab sofort diese Klauseln, die die Nutzung gewerblicher Räume für rassistische, antisemitisch und rechtsextreme Zwecke explizit untersagen. Auch private Vermieter/innen können die Klauseln über die MBR beziehen und in ihre Verträge einarbeiten, um sich vor Neonazis zu schützen.

Die **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)** bietet allen Beratung und Unterstützung an, die sich in Berlin gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und für Demokratie engagieren. Das gilt vor allem für Menschen, die in ihrem direktem Wohn-, Arbeits- oder sozialen Umfeld mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind. Gemeinsam mit den Engagierten vor Ort sucht die MBR nach Lösungen, um rechtsextremer Ideologie und deren Erscheinungsformen entgegenzutreten. Die MBR stärkt die lokalen demokratischen Akteure und unterstützt sie bei ihrem Engagement für eine gelebte demokratische Kultur. Geleitet von dem Ansatz "Hilfe zur Selbsthilfe" und der Überzeugung, dass die Herausforderungen mit den Menschen vor Ort besprochen und gelöst werden müssen, versteht sich die MBR als Impulsgeberin, Moderatorin, Unterstützerin und Begleiterin. Ziel ist es, dass die Beratungsnehmer/innen handlungssicher den Problemen entgegentreten können. Die Lösungsstrategien der MBR sind auf Nachhaltigkeit und Langfristigkeit angelegt. www.mbr-berlin.de